

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Stadtentwicklung, Stadtplanung und Umwelt

Sitzungsdatum:	Donnerstag, 11.11.2021
Beginn:	18:15 Uhr
Ende	20:15 Uhr
Ort:	Scheunensaal

Anwesenheitsliste

Oberbürgermeister

Schröppel, Jürgen

Ausschussmitglieder

Felleiter, Fritz
Gruber, Heinz
Hetzner, Maximilian
Kamm, Tobias
Kohler, Alexander
Meyer, Gerd
Naß, Gerhard
Roth, Karl

Stellvertreter

Bengel, André
Drotziger, Klaus (Anwesend ab TOP 1.2)

Schriftführer

Bethke, Lorenz

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ausschussmitglieder

Degen, Karl-Heinz
Pfitzinger-Miedel, Inge

Tagesordnung

1. Senat – öffentlich

- 1.1 Westtangente Weißenburg, BA 1 "Sanierung Brückenwiderlager West"
Vorlage: SG 43/026/2021
- 1.2 Neubau der Westtangente Weißenburg, BA II;
Vorlage: SG 43/027/2021
- 1.3 Bauantrag Nr. 119/2021 - Sanierung, Umbau und Nutzungsänderung des Anwesens "Judengasse 12/Rosenbühl 13" (Grundstück Fl.-Nr. 271, Gemarkung Weißenburg)
Vorlage: SG 41/052/2021

2. Ausschuss (vorberatend) – öffentlich

- 2.1 SPD-Antrag vom 13.09.2021
Vorlage: SG 45/019/2021
- 2.2 Antrag von Herrn Stadtrat Victor Rother, DIE LINKE; Begutachtung der Weißenburger Ausgleichsflächen und Kompensationsmaßnahmen
Vorlage: SG 41/047/2021
- 2.3 Nahwärmeprojekt Emetzheim
Vorlage: SG 45/018/2021
- 2.4 Bauhof / Gärtnerei Weißenburg (Schlachthofstraße / Industriestraße)
Vorlage: SG 42/038/2021
- 2.5 Straßen- und Kanalbau Friedrich-Ebert-Straße, zwischen Einmündung Untere Stadtmühlgasse und Bücherei
Vorlage: SG 43/025/2021
- 2.6 Bekanntgaben - öffentlich

Oberbürgermeister Jürgen Schröppel eröffnet um 18:15 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Stadtentwicklung, Stadtplanung und Umwelt, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Bauwesen, Stadtentwicklung, Stadtplanung und Umwelt fest.

1 Senat – öffentlich

1.1 Westtangente Weißenburg, BA 1 "Sanierung Brückenwiderlager West"

Ergebnis der Erörterung:

Herr Oberbürgermeister Schröppel erklärt, dass die Wertung läuft und der Punkt im Stadtrat behandelt wird.

Beschluss:

Zur Kenntnis genommen

1.2 Neubau der Westtangente Weißenburg, BA II;

Ergebnis der Erörterung:

Herr Oberbürgermeister Schröppel nimmt Stellung zum heutigen Pressebericht „Bürgerbegehren“, der dazu anregt, dass die Stadträte von der Vergabe der Ingenieurleistungen Abstand nehmen. **Herr Oberbürgermeister Schröppel** sieht dies jedoch anders, da das Bürgerbegehren jetzt bereits mehrere Wochen läuft, seit einem Monat im Prinzip das eigene Zeitlimit überschritten ist und noch weit entfernt ist von der Stimmenzahl, die erreicht werden müsste. Er sieht keinen Grund das Projekt zu stoppen.

Herr Roth sieht das auch so. Formell wurde alles eingehalten und ausgelegt. Daraufhin kamen keine Einwände.

Herr Gruber stellt vorne weg, dass die „Freien Wähler“ diese Aktion nicht unterstützen und in keinsten Weise ein undemokratisches Verhalten sehen.

Herr Hetzner stimmt ebenfalls **Herrn Oberbürgermeister Schröppel** zu, dass das Bebauungsplanverfahren ordentlich abgelaufen ist und abgeschlossen wurde. Auch die „Grünen“ sehen hier keine Verschwendung von Steuergeldern

Herr Bengel ist der Meinung, dass die Westtangente jahrelang anderen Projekten hintenangestanden und jetzt ein Aussetzen der Ingenieurleistungen, usw., auf unbestimmte Zeit nicht sinnvoll ist. Die Westtangente ist grundsätzlich wichtig, schon jahrelang bekannt, wegen der Verkehrsbelastung dringend notwendig und muss vollendet werden.

Beschluss:

Das Ingenieurbüro Völker GmbH & Co. KG, An der Gebhalde 17, 91781 Weißenburg, wird mit den erforderlichen Ingenieurleistungen zur baulichen Umsetzung der Westtangente Weißenburg BA 2, beauftragt.

Das Landschaftsarchitektenbüro Tanja Strauch, Schlossallee 19, 91792 Ellingen, wird mit den erforderlichen Freianlagenplanungen zur baulichen Umsetzung der Westtangente Weißenburg BA 2, beauftragt.

Einstimmig beschlossen Ja 11 Nein 0

1.3 Bauantrag Nr. 119/2021 - Sanierung, Umbau und Nutzungsänderung des Anwesens "Judengasse 12/Rosenbühl 13" (Grundstück Fl.-Nr. 271, Gemarkung Weißenburg)

Oberbürgermeister Schröppel begrüßte zunächst Herrn Architekt Häffner, welcher als Vertreter der Bauherren an der Sitzung teilnahm.

Er führte weiterhin aus, dass die Planung mit dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege abgestimmt ist.

Wie in der Vorlage ausgeführt, ist die Einbindung des Gestaltungsbeirates bei diesem Projekt nicht notwendig, da nur ganz unerhebliche von außen sichtbare Veränderungen am Gebäudebestand erfolgen werden.

Seitens der Stadtverwaltung wird das Projekt außerordentlich begrüßt.

Die vorgesehene Ablösung eines Teils der erforderlichen Pkw-Stellplätze ist aus Sicht der Stadtverwaltung vertretbar.

Es ist nicht zielführend, wenn der gesamte Innenhof mit Fahrzeugen zugeparkt wird.

StR Kamm führte aus, dass die CSU-Stadtratsfraktion das Projekt ebenfalls begrüßt. Es werden denkmalgeschützte Gebäude instandgesetzt und gleichzeitig wird neuer Wohnraum geschaffen. Die CSU sieht jedoch die vorgesehene Ablösung von Pkw-Stellplätzen kritisch.

StR Hetzner erklärte, dass er das Projekt ähnlich wie die CSU einschätzt. Die wenigen auf dem Baugrundstück vorgesehenen Pkw-Stellplätze bereiten ihm „Bauchgrimmen“. Es ist hier zwischen der Wohnqualität für dieses Anwesen und den berechtigten Interessen des gesamten Stadtviertels abzuwägen.

StR Bengel erklärte, dass er keine Einwände gegen die vorgesehene Stellplatzablösung hat.

StR Gruber führte aus, dass das Parkplatzangebot in diesem Altstadtquartier „eng“ ist.

StR Bengel verwies auf den Großparkplatz An der Hagenau und darauf, dass am „Gasslabauer-Grundstück“ neue Parkplätze geschaffen werden.

StR Drotziger führte aus, dass in dem Gebäude der früheren Metzgerei Bichler ebenfalls zusätzliche Wohneinheiten geschaffen wurden. Dadurch ist der Stellplatzbedarf in diesem Bereich der Altstadt bereits gestiegen.

StR Hetzner fragte nach, ob auch für die geplanten Ferienwohnungen Anwohnerparkausweise erteilt werden.

Oberbürgermeister Schröppel erwiderte, dass für Ferienwohnungen keine Anwohnerparkausweise ausgestellt werden.

StR Drotziger fragte bezüglich des „Bauteils IV“ nach.

Oberbürgermeister Schröppel erteilte daraufhin Herrn Architekt Häffner das Wort und bat Herrn Häffner, auch gleich die Frage von StR Drotziger zu beantworten.

Herr Architekt Häffner erläuterte dann die Historie des Anwesens. Er erklärte weiterhin die beengte Lage im Innenhof. Die für die Bewohner vorgesehenen Freibereiche im Innenhof sind für die Bauherrschaft eine zwingende Grundvoraussetzung für die Realisierung des Projekts. Aus seiner Sicht ist die vorgesehene Ablösung eines Teils der Stell-

plätze die einzige Lösung. Bei einer Verweigerung der Ablöse würde das Projekt nicht realisiert werden.

Herr Architekt Häffner beantwortete abschließend auch noch die Frage von Herrn Stadtrat Drotziger zum „Trockengestell“.

StR Drotziger erklärte, dass, wenn das Trockengestell nicht im Weg stünde, mehr Parkplätze auf dem eigenen Grundstück geschaffen werden könnten.

StR Hetzner fragte nach, wie viele Anwohnerparkausweise pro Haushalt von der Stadtverwaltung erteilt werden.

StR Bengel erklärte, dass er die gesamte Diskussion über die vorgesehene Ablösung der Pkw-Stellplätze überhaupt nicht versteht. Der Stadtrat soll nicht wieder nur über Parkplätze diskutieren.

StR Naß schloss sich den Ausführungen von StR Bengel an. Die verschiedenen Aspekte sind miteinander abzuwägen. Das vorgesehene Bauprojekt dient der Innenstadtbelebung und sollte zugelassen werden.

StR Hetzner erklärte, dass es darum geht, wie sich die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt stärken lässt.

StR Roth erläuterte nochmals die Einschätzung der CSU-Stadtratsfraktion.

Zum Ende der Diskussion befürwortete **Oberbürgermeister Schröppel** das Projekt nochmals nachdrücklich.

Beschluss:

Mit dem geplanten Bauvorhaben besteht grundsätzlich Einverständnis. Die beantragte Baugenehmigung ist nach Klärung der noch offenen Detail-Fragen von der Stadtverwaltung zu erteilen. Die erforderlichen Auflagen sind im Baugenehmigungsbescheid festzusetzen.

Anordnung nach Art. 36 GO:

1. Zuständiger Abteilungsleiter: AL4V
2. Weiterbearbeitung des Bauantrages.
3. Erteilung der Baugenehmigung, sobald die noch offenen Punkte abschließend geklärt sind.

Einstimmig beschlossen Ja 11 Nein 0

2 Ausschuss (vorberatend) – öffentlich

2.1 SPD-Antrag vom 13.09.2021

Oberbürgermeister Schröppel erklärt, dass unter den Fraktionen bereits Gespräche zu diesem Thema stattfinden und stellt an die SPD-Fraktion als Antragsteller die Frage, ob der Antrag deshalb zurückgezogen werden soll.

StR Bengel erklärt darauf hin, dass die drei Themen, Radwege, Altstadtverkehrskonzept und Parkplatzbewirtschaftung in einer Gesamtschau betrachtet werden müssen und der Antrag deshalb zurückgestellt werden soll.

Zurückgestellt

2.2 Antrag von Herrn Stadtrat Victor Rother, DIE LINKE; Begutachtung der Weißenburger Ausgleichsflächen und Kompensationsmaßnahmen

Ergebnis der Erörterung:

Oberbürgermeister Schröppel verweist auf den Antrag des anwesenden StR Rother, nach welchem insbesondere der Stadtrat beschließen möge, dass die städtischen Kompensationsflächen und Ausgleichsmaßnahmen durch eine externe Sachverständigenstelle begutachtet werden. Hierzu verweist Oberbürgermeister Schröppel auf die ausführliche Sitzungsvorlage und teilt mit, dass die Thematik in der Stadtverwaltung bearbeitet wird und für gewisse Flächen eine fortlaufende Begleitung durch den Landschaftspflegeverband Mittelfranken (LPV) erfolgt.

Oberbürgermeister Schröppel verweist darauf, dass StR Rother im Nachgang zur Sitzungsvorlage Fragen an die Verwaltung gestellt hat - mit Fristsetzung. Letzteres stuft Oberbürgermeister Schröppel als wenig akzeptabel ein. Konkret geht es darum, in welchem Turnus und wann zuletzt eine „Kontrolle und Dokumentation“ der Kompensationsflächen des Gewerbegebietes West II durch den LPV stattfand und die Bitte um Zusendung des durch den LPV erstellten Dokumentationsmaterials zu diesen Flächen.

Oberbürgermeister Schröppel teilt mit, dass die letzte Dokumentation aus dem Jahr 2018 vorliegt und ein neuer Bericht Anfang 2022 erwartet wird. Die Dokumentation wird eingescannt und allen Stadträtinnen und Stadträten zur Verfügung gestellt.

In diesem Zusammenhang verdeutlicht Oberbürgermeister Schröppel, dass es sich bei dem Antrag um eine unangebrachte Kontrolle bzw. Aufsicht gegenüber der Stadtverwaltung handelt und weist eine Nichttätigkeit der Verwaltung zurück.

StR Rother bedankt sich anfangs für die Aufarbeitung der Thematik, begrüßt die angedachte Ausweitung der Beauftragung auf die Flächen der Westtangente BA II und stellt den Hintergrund des Antrags dar.

Die Abwicklung durch den LPV wird begrüßt, allerdings soll die Überwachung ausgeweitet werden. Studien und Untersuchungen belegen, dass generell die Herstellung und Pflege der Ausgleichsflächen Nachholbedarf haben.

StR Rother möchte nicht mit den Fingern auf die Verwaltung zeigen, sondern lediglich ein Gutachten aller betroffenen Flächen beschließen.

Gewisse Missstände bei zwei Flächen werden angedeutet.

StR Rother weist darauf hin, dass die Kompensationsflächen und Ausgleichsmaßnahmen derzeit über eine Plattform des Landesbundes für Vogelschutz (LBV) aufrufbar sind; demnach liegen 61 Einzelflächen im Weißenburger Stadtgebiet vor. Außerdem werden die in der Sitzungsvorlage angedeuteten Neuerungen im Ökoflächenkataster des Bayerischen Landesamtes für Umwelt begrüßt.

StR Hetzner sieht den Antrag nicht als „Fingerzeigen“, sondern eher als Hinweis einer fehlenden „Man-Power“ der Unteren Naturschutzbehörde und der Stadtverwaltung. Der Sinn von Ausgleichsflächen und Kompensationsmaßnahmen muss erfüllt werden, wenn diese Flächen zur Verfügung stehen.

StR Hetzner wird diesen Antrag nicht aus Misstrauen, sondern im „Sinn der Sache“ zustimmen.

StR Bengel verdeutlicht, dass es sich hier mit über 60 zu prüfenden Flächen um ein komplexes Thema handelt. Eine externe Behandlung kostet sehr viel Geld und Zeit.

StR Bengel schlägt eine Vorstellung der Flächen vor, um eine Entscheidung über die Beauftragung eines externen Gutachters besser abschätzen zu können.

StR Kamm erläutert, dass es grundsätzlich wichtig ist, Ausgleichsflächen zu schaffen und diese zu erhalten.

Ein Kataster der Flächen ist bereits über den LBV aufrufbar.

Ob erneut ein Gutachten ausgearbeitet werden soll stellt StR Kamm in den Raum. Ein Vorschlag wäre, den vor kurzem installierten Umweltbeirat mit einzubeziehen. Dieser könnte als erstes Projekt nach und nach Flächen einschätzen und Empfehlungen an den Stadtrat abgeben.

StR Meyer widerspricht StR Kamm. Der Umweltbeirat ist für die Begutachtung der Flächen nicht das richtige Gremium, hierfür ist die Untere Naturschutzbehörde und der LPV zuständig. Allerdings ist eine Begutachtung wichtig, weshalb StR Meyer einen Ortstermin mit Herrn Fackler vom Landschaftspflegeverband vorschlägt.

StR Rother verweist auf den heute beschlossenen Senatsbeschluss zur Vergabe der Freianlagenplanung zum Bauabschnitt II der Westtangente bzw. deren finanzielles Volumen. Die freigegebene Summe ist falsch angelegt, wenn diese Flächen wieder nicht gepflegt werden.

Oberbürgermeister Schröppel weist die Unterstellungen zurück.

Beschluss:

Mehrheitlich abgelehnt Ja 3 Nein 8

2.3 Nahwärmeprojekt Emetzheim

Ergebnis der Erörterung:

Oberbürgermeister Schröppel verwies zunächst auf die Vorlage und die der Vorlage beigelegten Anlagen.

Er erklärte, dass alle Stadträte (jedoch nicht er) ein anonymes Schreiben bezüglich dieses Bauvorhabens erhalten haben.

Anhand eines per Beamer gezeigten Luftbildes, in welches das Bauprojekt hineinkopiert wurde, wurde erläutert, dass es nicht notwendig ist, die gesamte Fläche zu roden. Der gesamte Grünbestand im Süden des Baugrundstückes kann unverändert erhalten werden.

Er führte weiterhin aus, dass der ökologische Nutzen des Gesamtprojektes für ihn bei einer Abwägung aller Umstände „sonnenklar“ ist.

Der Standort liegt direkt an der vorgesehenen Leitungstrasse von der Biogasanlage „Zäh“.

Der Standort ist zudem aber auch nah an der Ortschaft Emetzheim.

Ein weiterer Aspekt ist, dass die Fläche der Stadt gehörte und daher zu angemessenen Konditionen an die Genossenschaft übertragen werden konnte.

Abschließend plädierte er nochmals nachträglich für die vorgeschlagene Beschlussfassung und die weitere Unterstützung dieses Emetzheimer Gemeinschaftsprojekts.

StR Hetzner bedauerte es, dass sich der Schreiber des Briefes nicht zu erkennen gegeben hat. Auch für ihn ist ein eindeutiger ökologischer Mehrwert gegeben; er wird dem Beschlussvorschlag daher zustimmen.

StR Gruber bezeichnete das Projekt als „praktischer Umweltschutz“.

StR Bengel erklärte, dass er sich die Flächen angeschaut hat, er aber die Einschätzung des anonymen Briefschreibers nicht teilt.

StR Drotziger fragte nach, ob die Glascontainer am bisherigen Standort verbleiben sollen.

Vom Bericht wurde erklärt, dass die Altglascontainer umgesetzt werden sollen.

StR Drotziger führte aus, dass der Grünbestand im südlichen Grundstücksteil erhalten werden kann. Er kann dem Projekt daher zustimmen.

Beschluss:

Die Stadt Weißenburg i. Bay. beantragt beim Amt für Ländliche Entwicklung Mittelfranken die Durchführung eines grundstücksbezogenen einfachen Dorferneuerungsverfahrens für das Grundstück Fl.-Nr. 237/1, Gemarkung Emetzheim, und eine Teilfläche des Grundstückes Fl.-Nr. 227, Gemarkung Emetzheim.

Einstimmig beschlossen Ja 11 Nein 0

2.4 Bauhof / Gärtnerei Weißenburg (Schlachthofstraße / Industrie- straße)

Ergebnis der Erörterung:

OB Schröppel berichtet über die erfolgte Besichtigung des Bauhofs durch den Stadtrat sowie über die erfolgte Prüfung durch die Berufsgenossenschaft. Das gewünschte Anforderungsprofil bzw. Pflichtenheft wurde erstellt.

Er spricht sich dafür aus, den bisherigen Standort des Bauhofes für den Neubau beizubehalten und führt Gründe zu Gunsten des bisherigen Standorts auf. Er verweist auch auf die ausführliche Beschlussvorlage und erwähnt, dass der Bau eines Gewächshauses nicht mehr notwendig sei. Es solle heute zum Einstieg ein Beschluss zur Behebung des jetzigen Missstandes erfolgen. Die Umsetzung soll über einen Wettbewerb erfolgen.

StR Gruber verweist auch auf die Nähe zum Feuerwehrhaus als Grund zur Beibehaltung des Standorts des neuen Bauhofes.

Auch **StR Hetzner** erklärt, dass die gesamte Grünen-Fraktion für den vorhandenen Standort plädiert. Die Partei möchte gerne eine modulare Umsetzung sowie ein gemeinsames Hackschnitzelheizwerk. Der angedachte Wettbewerb sei richtig.

StR Gruber meint, dass die Dachkonstruktion auf jeden Fall mit Solar bestückt werden sollte.

OB Schröppel hält das für eine Selbstverständlichkeit.

Für **StR Naß** steht die Notwendigkeit eines Neubaus nicht in Frage. Die Standortfrage sieht er anders, man solle die Standortalternativen prüfen.

OB Schröppel erklärt, dass bei einem Standortwechsel allein die Ersatzbauten für vorhandene Hallen ca. 2,5 Mio € kosten würden. Für ihn sind daher die Argumente für den vorhandenen Standort unstrittig.

StR Felleiter stellt die Notwendigkeit nicht in Frage, möchte jedoch auch, dass der Standort aus seiner Sicht noch zu prüfen ist. Er dankt für die umfangreiche Ausarbeitung der Vorlage. Man solle prüfen, ob Aufgaben an Fremdfirmen vergeben werden können. Auch Arbeitsabläufe sollten überprüft werden, er erwähnt in diesem Zusammenhang die angeblich 2 Stunden langen Fahrten zum Mittagessen.

OB Schröppel erwidert hier, dass die „Fremdvergabe“ bereits geprüft und diskutiert wurde, die Spielräume sind hier minimal. Arbeitsabläufe sind nach den Vorgaben der Arbeitsstättenverordnung durchzuführen. Die Variantendiskussion ist aus seiner Sicht ausreichend beleuchtet worden.

StR Hetzner outet sich als kein Freund von Outsourcing. Er sei für das Bauen in Abschnitten, dies sei bei einem anderen Standort als dem Alten nicht möglich.

StR Roth meint hierzu, dass Outsourcing nichts Neues sei und größere Städte bereits viel mehr Leistungen vergeben. Er sehe Vorteile in einem neuen Standort.

StR Meyer findet die Aussagen der CSU zu den Leistungen des Bauhofs und der Gärtnerei schon bedenklich. Man solle jetzt schnell zu einer Entscheidung kommen. Die Industriestraße befindet sich an der Bahn und der Feuerwehr, ein Wohngebiet wäre dort sowieso nicht möglich.

StR Bengel sieht den Umbau im Bestand als sicher schwierig an und meint, dass der künftige Fachkräftemangel in der Zukunft zu mehr Outsourcing führen wird.

OB Schröppel erwähnt nochmals die notwendigen Kosten in Höhe von 2,5 Mio € für zusätzliche Neubauten.

StR Kamm meint, dass das Thema jetzt angesprochen werden müsse. Er kann den Ausführungen von OB Schröppel schon teilweise folgen und fände es besser, alles an einem Standort zu konzentrieren. Das Romsgebäude müsste auch wieder instandgesetzt werden.

StR Roth erklärt, dass sich das von ihm angesprochene Outsourcing nicht auf die Leistung der städt. Mitarbeiter beziehe.

Herr Auernhammer (Hochbau) gibt an, dass beim Bestandsgebäude Flächen von insgesamt 1.200m² realistisch anzusetzen sind.

StR Felleiter meint, man solle die Ergebnisse der heutigen Diskussion in den Wettbewerb einbeziehen.

Daraufhin erklärt **OB Schröppel**, dass ein Planungswettbewerb nicht zweigleisig möglich ist, der Wettbewerb ist abhängig vom Standort.

StR Drotziger gibt an, dass es sich um zwei städtische Grundstücke handelt. Ein Areal könnte dann verkauft werden, die möglichen Erlöse sind abzuwägen.

OB Schröppel meint hierzu, dass die Fläche im Gewerbegebiet für Unternehmer natürlich 100 x attraktiver ist. Wenn die Fläche für den Bauhof genutzt wird, kann sie nicht mehr als Gewerbefläche verkauft werden.

StR Hetzner spricht sich nochmal für die Nutzung der bestehenden Hallen aus.

StR Gruber meint, man solle aus Umweltgründen die Option zur Nutzung einer gemeinsamen Heizungsanlage nicht verwerfen.

Martin Rieger (Bauhof) argumentiert für den Erhalt des alten Standortes, da auch die Nähe zur Feuerwehr und zu den Stadtwerken ein enormer Vorteil ist. Es würden sich Expansionsmöglichkeiten auch für die Feuerwehr und die Stadtwerke ergeben. Außerdem sollte man die Grenzen des Outsourcings bedenken. Bei weit abgelegenen Baustellen wird im Übrigen in der Regel mittags nicht in den Bauhof zurückgefahren.

Herr Schmidlein (Tiefbau) verweist darauf, dass beim Outsourcing das Vergaberecht eingehalten werden muss oder die Auftragnehmer überwacht werden müssen. Die Flexibilität würde durch Outsourcing auch sehr leiden und abnehmen.

StR Naß erklärt, dass sein Einwand zur Standortfrage unabhängig von Outsourcing oder Personaldiskussionen ist.

StR Felleiter meint, dass es ihm darum gehe, über Einsparungsmöglichkeiten nachzudenken.

Oberbürgermeister Schröppel verweist darauf, dass das Pflichtenheft bzw. die Arbeitsstättenverordnung einzuhalten sind.

StR Drotziger meint, dass es in erster Linie um die Standortfrage gehe. Bei der Wahl des Standortes sind viele Aspekte zu berücksichtigen.

Herr Schmidlein (Tiefbau) erklärt, dass die „Rombshallen“ als Lagerhallen bzw. Garagen für Saisongeräte dienen sollen. Das gesamte normale Tagesgeschäft würde auf dem „Neumeierglände“ stattfinden.

StR Naß stellt den Antrag zur Geschäftsordnung heute nicht abzustimmen, sondern erst im Stadtrat eine Entscheidung zu treffen.

OB Schröppel erklärt, dass die Behandlung im Bauausschuss sowieso vorberatend ist. Im Anschluss wird dann über den Geschäftsordnungsantrag abgestimmt.

Beschluss:

6 Stimmen dafür: CSU + StR Naß + StR Bengel
5 Stimmen dagegen: OB + Grüne + Freie Wähler

Beschluss über den Beschlussvorschlag: - ohne - (Abstimmung erfolgt im Stadtrat)

An Stadtrat verwiesen

2.5 Straßen- und Kanalbau Friedrich-Ebert-Straße, zwischen Einmündung Untere Stadtmühlgasse und Bücherei

Ergebnis der Erörterung:

Herr Oberbürgermeister Schröppel erklärt, dass die Kosten im Haushalt anfangs zu ungenau waren und nicht ausreichen. Deshalb muss jetzt nachgebessert werden. Der Straßenbauentwurf ist gegenüber der Vorplanung um 75.000 € teurer geworden. Ansonsten ist alles wie in der Vorplanung beschrieben.

Eine Erörterung findet nicht statt.

Beschluss:

Der Entwurfsplanung-Straßenbau, aufgestellt vom Ingenieurbüro Völker GmbH & Co. KG, Weißenburg, vom 31.08.2021, wird zugestimmt. Mit der Ausschreibung und baulichen Durchführung der Maßnahme besteht Einverständnis.

Die Finanzmittel werden im Jahr 2022 verstärkt.

Einstimmig beschlossen Ja 11 Nein 0

2.6 Bekanntgaben - öffentlich

Anschließend findet eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Jürgen Schröppel
Oberbürgermeister

Lorenz Bethke
Schriftführung